

Heinz Oskar Vetter
Mitglied des Europäischen Parlaments

"Arbeitnehmer fordern ein soziales Europa -
Europa-Wahlen 1984"

(Referat vor dem zentralen Seminar der AfA am
8. Januar 1984, Heimvolkshochschule Bergneustadt
der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bergneustadt)

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

zum Jahresende haben die fünf führenden Wirtschaftsforschungsinstitute der Bundesrepublik eine statistische Analyse vorgelegt, aus der unter anderem eine Zahl hervorgeht, die offensichtlich auch viele Politiker überrascht hat. Seit 1970, so sagen die Institute, wären 2,9 Millionen Arbeitsplätze zusätzlich verlorengegangen, wenn nicht in diesen vergangenen dreizehn Jahren Arbeitszeitverkürzungen der unterschiedlichsten Arten gewirkt hätten: Zum Beispiel die Verlängerung des Jahresurlaubs, die Verbesserung der Pausenordnung, aber auch der Abbau von Überstunden oder die vorübergehende Einführung von Kurzarbeit. Wäre das alles nicht eingetreten, dann hätte sich nicht die Wirtschaft an die Veränderung der Produktionsweise und an die sich verschlechternde wirtschaftliche Lage angepasst, dann hätten wir heute mehr als fünf Millionen Arbeitslose in der Bundesrepublik.

Überrascht waren vor allem diejenigen, die bis heute beharrlich geleugnet haben, daß die Verkürzung der Arbeitszeit, die Neuverteilung der zur Verfügung stehenden Menge an Arbeit ein wesentliches Mittel zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit, zur Sicherung bestehender Arbeitsplätze ist.

Was wir derzeit erleben, das ist eine beispiellose Vernebelung der öffentlichen Meinung. Und manchmal habe ich auch den Eindruck, daß dieser Nebel auch in die eigenen Reihen einzieht,

wenn es um die Antwort auf die Frage geht, was wir, die Arbeitnehmer, die Gewerkschaften aus eigener Kraft tun können, um der Arbeitslosigkeit mit mehr als nur kraftlosen Parolen und nicht mehr sehr wirkungsvollen Demonstrationen wirksam zu begegnen.

Ich will es, liebe Genossinnen und Genossen, auf eine ganz einfache Formel bringen: Die Arbeitslosigkeit, unter der heute alle Industrienationen leiden, betrifft so gut wie alle Schichten der Bevölkerung. Jugendarbeitslosigkeit, Frauenarbeitslosigkeit, Arbeitslosigkeit bei ausländischen Arbeitnehmern - das alles sind Teile eines Gesamtproblems.

Wenn Arbeitslosigkeit also fast alle Gruppen der Arbeitnehmer betrifft, dann müssen wir auch ein Mittel einsetzen, das auf fast allen Gruppen der Arbeitnehmerschaft in gleicher Weise einwirkt, wenn wir Erfolg haben wollen. Und dieses Mittel heißt: Verkürzung der Wochenarbeitszeit in möglichst schnellen Schritten auf 35 Stunden. Das muß als erstes klar sein und daran dürfen wir nicht selber immer wieder herumdeuten.

Den neunmalklugen Oberliberalen, die sich darauf verlassen, daß sich alles von selbst einpendeln werde, sei gesagt: Arbeitslosigkeit, Massenarbeitslosigkeit - das ist eine schwere gesellschaftliche Krankheit. Dem Kranken müssen Medikamente verabreicht werden, er muß behandelt werden. Tut man das nicht, überläßt man den Kranken sich selbst, dann macht man sich der unterlassenen Hilfeleistung schuldig. Dann geht der Kranke hilflos zugrunde. Es ist gar nicht so falsch, die gesellschaftliche Organisation mit dem menschlichen Organismus zu vergleichen. Ein kranker Teil wirkt sich auf den Zustand des gesamten Körpers aus. Deshalb ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Aufgabe der gesamten Gesellschaft, der Politik, der Gewerkschaften und vor allem der Wirtschaft.

Ich werde mich nicht davor drücken, einige selbstkritische Worte an unsere eigene Adresse zu richten. Bevor ich das aber tue, will ich auf das eingehen, was Politik und Wirtschaft bisher geboten haben.

Die Unternehmer - und es ist ein Unglück für den Zustand der sozialen Beziehungen in der Bundesrepublik, daß den Arbeitgebern ein so wenig zugänglicher und unflexibler Mann wie Dr. Esser vorsteht - begnügen sich damit, sich hinter ihrem ewigen Tabu-Katalog zu verschanzen. Sie zeigen sich nicht gesprächsbereit. Sie leugnen den Nutzen von Verkürzung der Arbeitszeit. Sie stehen sich aus ihrer gesellschaftlichen Verantwortung. Sie wollen das Problem der Arbeitslosigkeit dem Staat und den Arbeitslosen überlassen und glauben, so über die Runden zu kommen.

Ihre Strategie ist klar und durchsichtig: Sie hoffen darauf, daß es innerhalb der Gewerkschaften zu einer Auseinandersetzung über die Frage nach dem Sinn der Arbeitszeitverkürzung und nach der sinnvollen Form der Arbeitszeitverkürzung kommt, und sie wollen so heute schon den Grundstein dafür legen, daß die Gewerkschaften geschwächt aus dieser Auseinandersetzung hervorgehen. Sie müßten aus eigener Erfahrung wissen, wie dumm und wie kurz-sichtig das ist. Es war immer ein Plus für die politische, aber auch für die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik, daß die Gewerkschaften stark, selbstbewußt und verhandlungsfähig waren. Von ausländischen Kollegen wird uns bis heute oft der leise Vorwurf mangelnder Kampfbereitschaft gemacht. Ich kann dazu nur sagen: Die Menge und die Länge von Streiks sagt überhaupt nichts über die Kraft und die Durchsetzungsfähigkeit von Gewerkschaften aus.

Mir ist es lieber, wenn wir Gewerkschaften haben, die es sich leisten können, auf einen Streik zu verzichten, weil die andere Seite weiß, daß sie es mit starken Gewerkschaften zu tun hat, die ernst zu nehmen sind und mit denen ein Kompromiß gefunden werden muß. Das hat nichts mit Harmonieduselei zu tun, mit idyllischer Sozialpartnerschaft - wenn die deutschen Gewerkschaften in der Vergangenheit nur selten zum Mittel des Streiks gegriffen haben. Die Unternehmen aber scheinen es heute darauf anzulegen, die Gewerkschaften, denen sie sich gegenübersehen, durch einen absoluten Mangel an Kompromißbereitschaft zum Äußersten zu treiben und sie so zu verändern. Das jedenfalls ist möglicherweise ein Grund für die sture Haltung der Arbeitgeber.

Ein weiterer kommt hinzu: Die Arbeitgeber versprechen sich von der Aufrechterhaltung eines hohen Niveaus an Arbeitslosigkeit auf Dauer erhebliche Vorteile im Verteilungskampf der nächsten Jahre. Ein Arbeitnehmer, der Angst vor dem Verlust seines Arbeitsplatzes hat, ist offensichtlich nach Ansicht der Unternehmer ein pflegeleichter Fall. Denn jemand, der Angst um seine eigene Existenz hat, ist jemand, den man, so meinen die Unternehmer, fügsam machen kann. Der weniger Rücksicht auf seine Gesundheit nimmt. Der weniger auf seine Rechte achtet. Der dankbar dafür ist, daß er überhaupt arbeiten darf. Und der es aufgibt, für seine Gleichberechtigung, für sein Recht auf Mitbestimmung zu kämpfen. Ein solcher Typ von Arbeitnehmer, das ist klar, wäre auch ein Typ von Arbeitnehmer, der die Gewerkschaften zu lammfrommen Verbänden werden ließ. Mit Interesse haben wir alle in den letzten Wochen die bundesweite Anzeigenkampagne in der deutschen Tagespresse verfolgt, die im Namen der deutschen Industrie gegen die 35-Stunden-Woche zu Felde zieht.

Das Strickmuster dieser Kampagne ist schlicht, aber nicht unwirksam: Es spekuliert damit, daß sich jeder selbst der nächste ist und es setzt darauf, daß angebliche individuelle Lösungen eingängiger sind als gemeinsame Lösungen, die bei uns ja immer mit dem negativen Ton des Kollektivistischen dargeboten werden.

Die Arbeitgeber richten sich in ihren Anzeigen an die, die noch Arbeit haben und sagen: Wenn Du zuläßt, daß die Gewerkschaften ihre 35-Stunden-Woche durchsetzen, dann kommt die Wirtschaft an den Ruin und Du selber verletzt Deinen Arbeitsplatz. Deshalb leiste Deinen Beitrag zur Stärkung der Wirtschaft, sei nicht wieder so unverschämt bei Deinen Lohnforderungen, arbeite fleißig und begnüge Dich mit Arbeitszeitverkürzungen nach dem Modell der flexiblen Arbeitszeit. Kurzum: Sei froh, daß Du noch Arbeit hast. Kümmere Dich nicht um die andern. Laß Dich nicht mit den Gewerkschaften ein.

Dieser billige, verantwortungslose und unsoziale Ton ist es, den die Arbeitgeber anschlagen, unterstützt von einem erheblichen

Teil der Presse, vor allem der Springer-Presse. Ein drittes Ziel der Arbeitgeberkampagne ist es schließlich, in den Gewerkschaften diejenigen gegeneinander zu hetzen, die aus jeweils guten Gründen sektoral für die Verkürzung der Lebensarbeitszeit oder für eine globale Senkung der Wochenarbeitszeit eintreten.

Es ist Unsinn, diese beiden Forderungen gegeneinanderzustellen. Die Verkürzung der Lebensarbeitszeit ist eine sinnvolle und in manchen Bereichen unverzichtbare Ergänzung der Wochenarbeitszeitverkürzung. Aber - das will ich auch ganz klar sagen - die Verkürzung der Lebensarbeitszeit macht die Verkürzung der Wochenarbeitszeit nicht überflüssig. Dazu zwei wohl sehr einleuchtende Beispiele: Eine Vorruhestandsregelung in der Stahlindustrie beträfe lediglich 1,7 Prozent der Beschäftigten. Und bei einem Metallverarbeiter wie beim Volkswagenwerk in Kassel wären von einer solchen Regelung 14 Beschäftigte bei einer Belegschaft von 16.000 betroffen. Das sind umgerechnet nur 0,8 Prozent. Das sind keineswegs ausgesuchte Extrembeispiele. Eine ganze Reihe ähnlicher Fälle ließen sich hinzufügen.

Der springende Punkt ist die Frage, wie die Verkürzung der Wochenarbeitszeit finanziert werden kann. Die Forderung der IG Metall nach vollem Lohnausgleich, das heißt: Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnverlust, ist im Grunde berechtigt. Die Produktivitätsfortschritte sind vor allem das Ergebnis der neuen Technologie, aber natürlich auch das Ergebnis zunehmender Arbeitsintensität. Zwar nehmen Maschinen den Menschen immer mehr körperliche Belastungen ab, aber an die Stelle körperlicher Belastungen treten in steigendem Maße psychische Belastungen, deren Auswirkungen nicht unterschätzt werden dürfen und die zu völlig neuartigen Berufskrankheiten führen.

Wer sich beispielsweise die Tätigkeit einer Kassiererin in einem Supermarkt angesehen hat, der weiß, wovon ich rede. Produktivitätsfortschritt bedeutet betriebswirtschaftlich: Der Ertrag einer Zeiteinheit menschlicher Arbeit steigt an. Ein Teil dieses Ertrages muß in die Finanzierung der Arbeitszeitverkürzung eingehen.

Wir wissen weiter, daß bei einer merklichen Verkürzung der Wochenarbeitszeit die Wirtschaft mit zusätzlichen Rationalisierungen antworten wird. Das bedeutet: Nicht jede durch Wochenarbeitszeitverkürzung frei gewordene Stunde geht in neue Arbeitsplätze - die Institute rechnen mit einem Anteil von etwa 30 Prozent, der durch beschleunigte Rationalisierung wieder aufgefangen würde. Eine solche Entwicklung würde auch einen neuen Schub in Richtung Produktivitätsfortschritt bringen, dessen Ertrag zu einem Teil ebenfalls in die Finanzierung der Arbeitszeitverkürzung gehen muß.

Eine weitere Finanzierungsmöglichkeit halte ich für durchaus diskussionswürdig. Der Staat hat eine Gesamtverantwortung - er kann nicht tatenlos der Entwicklung der Arbeitslosigkeit zusehen, denn Arbeitslosigkeit schwächt ganz entscheidend die finanzielle Leistungsfähigkeit des Staates und stellt die Haltbarkeit unseres sozialen Systems infrage. Ein Arbeitsloser bringt nichts ein - er kostet Geld. Seine Kaufkraft ist außerordentlich niedrig und sie wird bei lang anhaltender Arbeitslosigkeit immer niedriger. Deshalb frage ich: Warum soll nicht die Möglichkeit diskutiert werden, daß der Staat für eine ausreichend lange Übergangszeit solche Unternehmen von einem Teil der Lohnnebenkosten befreit, die infolge der Verkürzung der Wochenarbeitszeit neue Arbeitskräfte einstellen, und zwar solche, die bisher arbeitslos waren.

Das ist billiger als die ständige Sanierung des Haushaltes der Bundesanstalt für Arbeit. Und es macht aus Arbeitslosen wieder Steuerzahler und kaufkräftigere Konsumenten. Was bei der Lebensarbeitszeitverkürzung möglich ist, nämlich die Beteiligung des Staates, das kann bei der Wochenarbeitszeitverkürzung nicht unmöglich sein. Gerade jetzt sind die Rahmenbedingungen für eine solche Politik nicht schlecht: Die Preissteigerungsrate ist außerordentlich niedrig, ein gewisser Wachstumsanstieg ist zu erwarten.

Aber die Politik rührt sich nicht. Das, was Norbert Blüm uns Tag für Tag vorführt, das ist Flickschusterei der schlimmsten

Art. Er wird immer mehr zur Exekutive der Vorstellungen des CDU-Wirtschaftsrates, der Herren Albrecht und Graf Lambsdorff. Darüber können auch seine flotten Sprüche nicht hinwegtäuschen, die schon längst nicht mehr vom Tage und schon lange nicht mehr frisch sind. Seine angebliche Reparaturkolonne erweist sich als desolater Haufen, und mit seinem Gerede von der schlimmen Erbschaft wird er die nächsten Jahre nicht heil überstehen können. Ich sage das ohne jede Häme, sondern mehr mit einem Gefühl der Bitterkeit einem Manne gegenüber, der immer mehr in Widerspruch zu der Tradition gerät, aus der er kommt und die ein unverzichtbarer Pfeiler der deutschen Einheitsgewerkschaft ist.

Aber Norbert Blüm muß sich an seinen Taten messen lassen, und der Katalog der Taten des Arbeitsministers ist aus gewerkschaftlicher Sicht nichts anderes als ein Sünden katalog. Einige Sünden will ich aufzählen:

- Er legt Hand an eine ganze Reihe von Schutzgesetzen, für deren Durchsetzung Gewerkschaften und Sozialdemokraten lange Jahre gestritten haben: das Jugendarbeitsschutzgesetz, das Verbot von Nachtarbeit für Frauen. Und etwas ganz besonders Schlimmes steht uns noch bevor: die Verschlechterung der ohnehin schon schlechten Arbeitszeitordnung aus dem Rüstungsjahr 1938.

Er läßt zu, daß der Sparkurs dieser Regierung vor allem auf Kosten der Schwächsten der Gesellschaft durchgesetzt wird. In diesem und im nächsten Jahr werden 18,6 Milliarden Mark eingespart. Davon stammen allein 15 Milliarden Mark aus dem Sozialhaushalt. Deutlicher läßt sich wohl nicht belegen, wer hier die Zeche zahlt und wer in dieser Regierung nicht einmal mehr die Rolle des sozialen Feigenblattes spielen kann.

- Arbeitslosen ohne Kinder wird das Arbeitslosengeld von 68 auf 63 Prozent gekürzt.

- Das Krankengeld, das bisher nach sechs Wochen in Höhe des Nettolohnes weiterlief, wird mit Sozialabgaben belegt und um 11,6 Prozent geschmälert.

Und schließlich: Das, was Norbert Blüm als Vorruhestandsregelung eingebracht hat, das ist für die Arbeitnehmer völlig unannehmbar. Das ist im Ergebnis nicht besser als ein sehr schlechter Sozialplan für ältere Arbeitnehmer. Ganz abgesehen davon, daß der beschäftigungspolitische Effekt dieser Maßnahme nicht viel größer als Null sein wird: Arbeitnehmern wird zugemutet, im Alter von 58 Jahren mit einem Einkommen aus dem Erwerbsleben auszuscheiden, das nur ein paar Mark höher ist als das, was derselbe Arbeitnehmer als Arbeitslosengeld bekäme.

Die IG Metall hat einen durchschnittlichen Fall durchgerechnet: Danach kann ein hessischer Metallfacharbeiter der Lohngruppe sechs und der Steuerklasse drei-null statt bisher mit 1.560,-- Mark nur noch mit 1.150,-- Mark rechnen. Damit liegt er um knapp fünfzig Mark über dem Arbeitslosengeld, und im übrigen nur noch knapp an der Existenzgrenze, denn wer soll von einer solchen Summe eigentlich noch halbwegs angemessen leben und wozu hat einer mehr als vierzig Jahre malocht, wenn er mit einer solchen Art von Fürsorgesatz ins Alter entlassen werden soll. Das ist weder christliche noch soziale Politik - das ist eine Zumutung.

Wie weit Norbert Blüm im übrigen schon von den Diskussionen im Bundeskabinett angesteckt worden ist, das zeigt ein Satz aus einem Interview, das er in der letzten Spiegel-Ausgabe des vergangenen Jahres gegeben hat: "Was den Unternehmen hilft, hilft auch den Arbeitnehmern". Warum, so frage ich, kommt der größte lebende Sozialpolitiker der CDU eigentlich nicht einmal auf die Idee, diesen Satz umzukehren? Und warum fragt er sich nicht selber, was denn eigentlich aus den guten Gewinnen geworden ist, die bei uns erarbeitet worden sind? Und woran es liegt, daß die Bundesrepublik heute im internationalen Wettbewerb erheblich an Leistungskraft verloren hat?

Das liegt vor allem daran, daß die Unternehmer von der jeweiligen Bundesregierung, vor allem von der jetzt amtierenden, rechtshändig kräftig Subventionen kassiert haben, während linkshändig freies Geld nicht in unsere industrielle Zukunft, sondern in internationale Finanzmärkte gesteckt wurde.

Ich bin sicher, liebe Genossinnen und Genossen, daß Ihr Euch schon seit längerer Zeit die Frage vorlegt: Was hat das eigentlich alles mit den bevorstehenden Wahlen zum nächsten Europäischen Parlament zu tun oder mit europäischer Politik? Auf diese Frage will ich gleich eingehen. Wir haben uns lange daran gewöhnt, europäische Politik von nationaler Politik abzutrennen, so als habe das eine mit dem anderen nichts zu tun. Wir haben uns auch zu lange daran gewöhnt, auf die wirtschaftliche und soziale Lage im eigenen Land zu blicken, ohne die in benachbarten Ländern genau zu beobachten. Hinter diesen beiden Gewohnheiten steckt nichts anderes als die falsche Einschätzung, als könnten wir in Ruhe unsere Hausaufgaben alleine lösen und ganz unabhängig von den anderen arbeiten und leben.

Jedes Stück deutscher Innenpolitik ist auch ein Stück konkreter Europapolitik und umgekehrt. Der wirtschaftspolitische Kurs bei uns, das Ergebnis der Auseinandersetzung um die Verkürzung der Arbeitszeit, die deutsche Sozialpolitik - das hat, vor allem wegen der wirtschaftlichen Bedeutung der Bundesrepublik in Europa - unmittelbare Auswirkungen auf die Lage und auf die Politik unserer Nachbarn. Und natürlich sind Wahlen für das Europäische Parlament in diesem Sinne auch Abstimmungen über die in jedem Lande geführte Regierungspolitik. Die Europawahlen im Juni dieses Jahres sind bis zur nächsten Bundestagswahl die einzige Gelegenheit für alle wahlberechtigten Bürger unseres Landes, über die jetzt in Bonn geführte Politik mit dem Stimmzettel zu urteilen.

Und, das halte ich politisch für besonders wichtig, es gibt bei den Europawahlen im Unterschied zu den Bundestagswahlen nur eine Stimme.

Damit will ich sagen: Die ganze Partei muß begreifen, daß am 17. Juni 1984 der Regierung Kohl-Lambsdorff-Blüm eine Quittung ausgestellt werden muß. Diese Wahlen sind auch ein nationales Kräfteressen, und sie werden nicht zuletzt Aufschluß darüber geben, wie klein der harte Kern derer geworden ist, die die Partei wählen, die fast immer in der Geschichte der Bundesrepublik darüber entschieden hat, wie der Kanzler heißt: die FDP.

Wir sind gut beraten, wenn wir die Probleme, die besonders die Arbeitnehmer beschäftigen, in den Mittelpunkt unseres Wahlkampfes stellen und dabei nicht auf dem Leim derer kleben bleiben, die uns einreden wollen, wir sollten uns nur mit den sogenannten europäischen Themen beschäftigen. Daß sozialdemokratische Politik überzeugende Substanz hat, das haben uns die Wahlen in Hessen und in Bremen gezeigt. Hessen und Bremen haben aber auch gezeigt, wo die Bevölkerung der Schuh drückt: die Menschen haben Angst vor dem Verlust ihrer Existenzgrundlage und zunehmende Angst vor der Zukunft. Oppositionspartei zu sein - das ist kein Unglück. Ich finde es bemerkenswert, wie schnell und wie überzeugend die Sozialdemokraten wieder an Geschlossenheit und an Handlungsfähigkeit gewonnen haben. Das hat sich in Köln klar gezeigt.

Aber ich habe in zweierlei Hinsicht auch Sorge: Wir dürfen uns nicht die Themen unserer Politik von draußen aufzwingen lassen. So wichtig die Frage der Abrüstung ist: Vergessen wir darüber nicht die Fragen der Beschäftigungspolitik. So wichtig die Ökologie ist: Vergessen wir darüber nicht die Ökonomie. Wenden wir uns - und das gilt auch für den Europawahlkampf - verstärkt den Themen zu, die die meisten Menschen täglich bewegen und für die wir klare, ehrliche und überzeugende sozialdemokratische Antworten finden müssen.

Meine zweite Sorge ist: Die Partei muß insgesamt den Europawahlkampf als eine wichtige Herausforderung annehmen. Nicht nur, weil in Richtung Bonn quittiert werden kann, sondern auch, weil diese Europawahlen Auskunft darüber geben müssen, inwieweit wir in der Lage sind, die Wählerschichten für uns zu gewinnen, die die sozialdemokratische Partei vor allem ausmachen: die Arbeitnehmerschaft. Hier muß verlorenes Vertrauen wieder zurückgeholt werden, denn wir wissen alle, daß viele, zu viele Arbeitnehmer, am 6. März des vergangenen Jahres nicht sozialdemokratisch, sondern christdemokratisch gewählt haben.

Ich halte es deshalb für besonders wichtig und für einen Schritt nach vorn, daß die Führungsgremien der AfA ein eigenes Konzept für einen Wahlkampfbeitrag im Rahmen des sozialdemokratischen

Gesamtwahlkampfes vorgelegt haben, der in der angedeuteten Richtung positiv wirken kann.

Im Dezember hatte ich Gelegenheit zu einem längeren Gespräch mit Helmut Rohde. Helmut Rohde hat in diesem Gespräch seine große Sorge darüber sichtbar gemacht, daß der Platz, den die Arbeitnehmer in Europa einnehmen, immer kleiner und immer unansehnlicher wird. Daß fast überall Krisenlösungen ohne Beteiligung der Arbeitnehmer gesucht werden. Daß die Arbeitnehmer mehr und mehr in die Rolle des leidenden Beobachters gedrängt werden.

Ich halte diese Sorgen für berechtigt. Wer sich die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments ansieht, der wird feststellen, daß die Zahl der Arbeitnehmervertreter gegenüber der direkten Vertreter von Industrieinteressen verschwindend gering ist. Ganz krass wird dieses Missverhältnis zum Beispiel bei der Gruppe der deutschen Christdemokraten: Von 40 CDU-Abgeordneten sind nur drei Mitglied einer Gewerkschaft. Dem steht eine ganze Latte von Lobbyisten der Wirtschaft gegenüber. Wir müssen klar machen, daß wir nicht zulassen wollen, daß die Arbeitnehmer mehr und mehr an den Rand Europas gedrückt werden. Daß sehr oft über sie, aber nur gelegentlich mit ihnen gesprochen wird. Wir müssen klar machen, daß für uns der Weg Europas nicht in der Sackgasse der Wirtschafts- und Handels-, der Klub- und der Mauschelgemeinschaft enden darf.

Ich treffe mich in der nächsten Woche in Paris mit dem Vorsitzenden des zweitgrößten französischen Gewerkschaftsbundes, der CFDT, um über dieses Problem zu diskutieren und um zu überlegen, ob nicht die Gewerkschafter und Arbeitnehmerpolitiker in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft eine gemeinsame Wählerinitiative starten sollen. Ich hoffe, daß das gelingt und ich hoffe, daß wir Ende dieses Monats in Karlsruhe diese Initiative im Rahmen der Bundeskonferenz der AfA öffentlich vorstellen können.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, die Europäische Gemeinschaft steckt sicher in ihrer bisher tiefsten Krise. Das ist nicht weiter verwunderlich, wenn man zweierlei bedenkt:

1. Die Europäische Gemeinschaft wurde zu einer Zeit gegründet, in der wirtschaftliche und industrielle Expansion absehbar waren, in der die Schlüsselindustrien nicht Grundlage für unsere Sorgen, sondern Voraussetzung für unseren Erfolg waren. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft startete also mit einer wirtschaftlichen Erfolgsgarantie.

2. Die Gründungsländer, nämlich die Benelux-Staaten, Italien, Frankreich und die Bundesrepublik, handelten einen für ihre Interessen maßgeschneiderten Gründungsvertrag aus. Dieser Vertrag entsprach in seinen Einzelheiten nicht in jedem Fall den Bedingungen und den Interessen der Länder, die später hinzukamen.

Heute platzt dieser ehemalige Massanzug aus allen Nähten. Er muß sicherlich neu zugeschnitten werden, nur müssen sich alle Mitgliedsländer - und mit Spanien und Portugal kommen ja noch zwei weitere hinzu - auf Farbe und Modell einigen und das ist ein schwieriger und zeitaufwendiger Prozeß.

Wie sehr sich die Verhältnisse mittlerweile geändert haben, zeigt auch die Beziehung zwischen der Gemeinschaft und der Türkei. Im Rahmen des Assoziierungsabkommens EG-Türkei ist vereinbart worden, daß die arbeitsfähigen Bürger in der Türkei ab 1986 das Recht der Freizügigkeit in Anspruch nehmen können. Dieser Vertrag wurde zu einer Zeit ausgehandelt, als ein ständig steigender Bedarf an Arbeitskräften vermutet werden konnte. Das hat sich grundlegend geändert. Die Wirklichkeit ist am Buchstaben dieses Abkommens vorbeigezogen, so daß dieser Vertrag nur um den Preis einer weiteren beschäftigungspolitischen Katastrophe und erheblicher innenpolitischer Spannungen eingelöst werden könnte. Es ist also eine Frage der Vernunft, dieses Assoziierungsabkommen zu ändern, denn seine Einhaltung würde sowohl der Türkei wie auch den anderen Mitgliedsländern, vor allem der Bundesrepublik, unlösbare Probleme einbringen und niemanden weiterbringen.

Und schließlich kann es niemanden erstaunen, daß diese Gemeinschaft als ein noch schwach, mit wenig Geld - ich komme darauf in einem anderen Zusammenhang zurück - und wenig Kompetenzen ausgestattetes Organ von Staaten besonders unter den Folgen der Wirtschaftskrise leidet.

Insofern waren die Ergebnisse des Athener Gipfels nicht erstaunlich. Athen hat sogar das Verdienst, daß endlich einmal die Probleme auf den Tisch gelegt wurden, ohne durch ein vernebelndes Schlußkommunique verschleiert zu werden. In Athen ist sichtbar geworden, daß die Gemeinschaft einen neuen Zuschnitt braucht, daß das Integrationsziel neu definiert werden muß, und daß ein neuer Schwerpunkt gesetzt werden muß, nämlich der der europäischen Industrie- und Beschäftigungspolitik. Der Europäischen Gemeinschaft stellen sich neue Themen - und darauf muß mit neuen Konzepten geantwortet werden. Das ist nach meiner Überzeugung die Lehre aus Athen. Keine Lehre aus Athen aber ist es, wenn einige so tun, als sei die Gemeinschaft am Ende. Das Ziel der europäischen Integration verlangt Zeit und Geduld, denn es ist schon unter guten wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen nicht leicht, unterschiedliche nationale Interessen und unterschiedliche nationale Traditionen auf einen Nenner zu bringen. Was sich in Jahrhunderten entwickelt hat, das kann man nicht in dreißig Jahren auf einen Nenner bringen. Das braucht viel mehr Zeit und darüber müssen wir uns im Klaren sein, wenn wir die europäische Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg bewerten.

Bevor ich zum Schluß auf einige immer wieder diskutierte Kritiken an der europäischen Politik eingehe, will ich noch auf ein Thema eingehen, das immer stärker an Boden gewinnt.

Die Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten von Amerika sind nicht gut. Jedenfalls könnten und müßten sie besser sein. Die Gründe liegen im wirtschaftspolitischen und im militärpolitischen Bereich.

Zum Ersten: Die Vereinigten Staaten führen mehr ein als sie ausführen. Sie haben also ein erhebliches Zahlungsbilanzdefizit. Die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten ist außergewöhnlich hoch. Der Haushalt der Vereinigten Staaten ist von einem gewal-

tigen Defizit belastet. Die klassischen Industrien in den USA stecken, wie bei uns, in einer tiefen Krise. Und dennoch: Der Dollar konnte in den letzten Jahren erheblich an Boden gewinnen. Mit anderen Worten: Die Regierung der Vereinigten Staaten läßt sich ihr Handelsbilanzdefizit und ihr Haushaltsdefizit, das vor allem auf erheblich angestiegene Rüstungsausgaben zurückzuführen ist, durch einen völlig überbewerteten Dollar finanzieren. Die Funktion der Hochzinspolitik, so wie sie von der Reagan-Administration betrieben wird, ist es, ausländisches Kapital in die USA zu ziehen. Diese Rechnung ist, wie wir wissen, aufgegangen.

Nicht zuletzt die Länder der EG zahlen heute für die Überwindung der hausgemachten Schwierigkeiten, denen sich Wirtschaft und Regierung in den USA gegenübersehen. Der politische Preis für die Politik ist nicht gerade gering. Die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und den USA werden belastet, und im Gebälk des westlichen Bündnisses knirscht es. Niemand in Europa, gerade die Bundesrepublik Deutschland nicht, kann die Kraft aufbringen, um zu einem vernünftigen Interessenausgleich mit den USA zu kommen. Nur die Europäer zusammen können für eine neue Verteilung der Lasten und Pflichten im westlichen Bündnis sorgen. Auf die Dauer ist es unerträglich, wenn die Europäer sich so benehmen, als seien sie die Juniorpartner der Vereinigten Staaten. Die Europäische Gemeinschaft ist in ihrer Gesamtheit ein wirtschaftlicher Riese. Es muß sich auch politisch stärker und selbstbewußter machen. Das geht aber nur über mehr an europäischer Gemeinsamkeit und über eine gemeinsame Außenpolitik.

Ich bin sicher, daß wir in den nächsten Jahren eine verstärkte Debatte über die Notwendigkeit einer gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik erleben werden. Das wäre nicht schlecht, denn auch dies ist erforderlich, um die Gewichte im westlichen Bündnis neu zu verteilen, weil anders europäische Interessen langfristig nicht gesichert werden können.

Der deutsche Astronaut Ulf Merbold hat es auf seine Art und im Zusammenhang mit einem ganz anderen Thema auf den Punkt gebracht: Er hat festgestellt, daß Spacelab zwar mit europäischem Geld und mit europäischer Technik entwickelt wurde, daß aber die Europäer von der amerikanischen Raumfahrtbehörde nur wie geduldete Gäste behandelt werden. Auch hier zeigt sich europäischer Handlungsbedarf und die Notwendigkeit, nationale Interessen mehr als bisher zusammenzufassen. Nur so bringen wir das notwendige Gewicht in die eine Waagschale des westlichen Bündnisses.

Liebe Genossinnen und Genossen, zum Schluß meiner Ausführungen möchte ich auf einige Urteile und Vorurteile über die europäische Politik eingehen, die tief sitzen und die schwer auszuräumen sind.

Einwand Nummer eins gegen Europa: Die Europäer können sich doch nie einigen.

Es ist wahr: Gerade die Entwicklung der letzten Jahre zeigt, daß es offensichtlich den Regierungen immer schwerer fällt, sich auch in Kleinigkeiten auf Kompromisse zu einigen. Wenn man aber die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft betrachtet, dann kommt man insgesamt zu einem ganz anderen Ergebnis: Die westeuropäische Zusammenarbeit ist schließlich auch die konkrete Schlußfolgerung aus der Erfahrung, die dieser Kontinent mit immer neuen Kriegen gemacht hat. Am Verhandlungstisch, an dem man heute zu lange sitzt, saß man früher zu wenig. Und wenn, dann nicht um die Verteilung von Mitteln zu feilschen, sondern oft, um die Ergebnisse des letzten Krieges festzuschreiben.

Daß wir heute in Westeuropa vor einer solchen Lage nicht mehr stehen und auch in aller Zukunft nicht mehr stehen werden, das ist europäische Friedenspolitik. Sie darf nicht unterschätzt werden. Und daß es im übrigen schwer ist, sich auch in Kleinigkeiten schnell zu einigen, das ist eine Erfahrung, die wir zu Hause auch machen. Am schwierigsten wird es leider immer dann,

wenn die allgemeinen Probleme am größten sind. Die Kritik an der mangelnden Einigungsfähigkeit der Europäer muß eins zusätzlich berücksichtigen: Die EG ist mit sechs Mitgliedsländern gestartet. Mittlerweile sind es zehn. Die Beitritte von Spanien und Portugal stehen bevor. Jedes Land bringt neue Probleme, neue Wünsche und neue Hoffnungen mit. Das bedeutet, neues, zähes, manchmal auch nervtötendes Verhandeln. Aber es gibt dazu keine Alternative.

Einwand Nummer zwei gegen Europa: In Europa wird das Geld zum Fenster rausgeschmissen: die Agrarpolitik.

Dieser Vorwurf ist im Prinzip völlig berechtigt. Nur: Wie konnte es dazu kommen, daß mittlerweile zwei von drei Mark in Europa in die Bezuschussung der Landwirtschaft gehen?

Auch hier müssen wir wieder einen Blick zurückwerfen. Alle Länder Europas haben in diesem Jahrhundert erlebt, was es bedeutet, wenn die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln nicht sichergestellt ist. Es war also ein durchaus folgerichtiges Ziel, daß bei Gründung der Europäischen Gemeinschaft eine gesicherte Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln im Mittelpunkt der gemeinsamen Politik stand. Daraus wurde der Gemeinsame Markt für die Landwirtschaft. Das Prinzip dieser Politik beruht darauf, daß bestimmte für die Versorgung wichtige Nahrungsmittel (z.B. Milch, Butter, Rindfleisch, Schweinefleisch) von der Landwirtschaft ohne Sorge über den Absatz produziert werden konnten. Die Preise wurden garantiert. Über den Absatz braucht sich niemand Sorgen zu machen. Überschüsse werden von der Gemeinschaft aufgekauft, weiter verwertet oder gelagert. Durch die Modernisierung der Landwirtschaft erhöhte sich jedoch die Agrarproduktion beträchtlich. Das gilt besonders für solche Erzeugnisse, deren Preise und Abnahme garantiert waren, denn hier konnte ja ohne Risiko produziert werden. Aus der gemeinsamen Agrarpolitik wurde eine immer größer werdende Belastung für die europäischen Kassen. Mehr noch: Nicht etwa die weniger entwickelten landwirtschaftlichen Regionen in Europa oder die kleinen Landwirte zogen den größte Nutzen aus dieser Politik, sondern die besser gestellten Regionen und die größeren landwirtschaftlichen Betriebe:

Dänemark, die Niederlande, aber auch die Bundesrepublik. Obwohl der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten bei uns erheblich zurückging, haben wir heute mit unserer Produktion in Frankreich, einem Land, das traditionell einen höheren Anteil an Landwirtschaft hat - aber auch an kleinen Landwirten - gleichgezogen.

Das oft auch von uns kritisierte Großbritannien befindet sich im Grunde im Recht: Es hat eine nur sehr - im Vergleich - wenig bedeutende Landwirtschaft, zieht also am wenigsten Nutzen und muß erheblich hinzuzahlen. Und zwar vor allem an Länder mit einem erheblich größeren Pro-Kopf-Einkommen wie Dänemark oder die Niederlande. Eins kommt noch hinzu: Mit dem Beitritt südeuropäischer Länder erweitern sich auch die Probleme in der europäischen Agrarpolitik. Denn was unseren Bauern bei Butter und Schwein billig ist, soll den Südeuropäern bei Oliven und Wein recht sein.

Wenn es so weitergeht, dann frißt die Agrarpolitik die letzte Mark in Europa. Für andere, immer wichtiger werdende Aufgaben einer gemeinsamen europäischen Politik, bleibt da kein Geld. Die Lösung lautet: Die europäische Agrarproduktion muß reduziert werden und muß sich mehr am Markt orientieren. Das senkt die Preise, entlastet den Haushalt der Gemeinschaft und nutzt insgesamt dem Verbraucher. Arbeitsplätze geraten dabei nicht in Gefahr, wenn dafür gesorgt wird, daß direkte Beihilfen zur Existenzsicherung vor allem an kleine Landwirte gezahlt werden. Die größten Nutznießer der bisherigen Politik nämlich sind Agrarfabriken, die so rationalisiert sind, daß sie mit einem Minimum an Personal auskommen.

Einwand Nummer drei gegen Europa: Die Bundesrepublik ist der Zahlmeister Europas.

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es zwischen den Bundesländern den sogenannten Finanzausgleich. Das heißt: Die Bundesländer, die sich unter dem Dach der Bundesrepublik zusammen-

geschlossen haben, arbeiten nach dem Solidaritätsprinzip. Aus einer gemeinsamen Kasse werden die ärmeren Bundesländer unterstützt. Anders kann man auch unter einem gemeinsamen Dach nicht leben. In Europa muß es genauso sein. Das Zahlmeister-Argument berücksichtigt nämlich nicht, daß wir.- und das gilt auch jetzt in der Krise, von der ja auch die anderen genauso, wenn nicht sogar noch stärker betroffen sind - zu den wohlhabendsten Ländern in der Gemeinschaft gehören.

Gut die Hälfte unserer Ausfuhren gehen in den Gemeinsamen Markt. Wir leben von unseren Ausfuhren. Wir leben auch vom europäischen Markt. Insofern also kann man das, was die Bundesrepublik netto in die europäische Kasse einzahlt, durchaus als Exportförderung betrachten. Nehmen wir die Zahlen: Pro Kopf der Bevölkerung entrichten wir jährlich etwas mehr als 90 Mark an Europa. Das macht derzeit unter dem Strich sechs Milliarden Mark aus. Der Haushalt für Verteidigung liegt bei 48 Milliarden Mark. übrigen: Der Haushalt der Europäischen Gemeinschaft ist nicht größer als der von Nordrhein-Westfalen.

Einwand Nummer vier gegen Europa: Was gehen uns die Probleme der anderen an? Wir müssen selber sehen, wie wir klarkommen.

In Zeiten wirtschaftlicher Krise besteht überall, nicht nur in der Bundesrepublik, die Versuchung, sich abzuschotten und Probleme lieber allein zu lösen. Das ist bisher immer schiefgegangen. Und das kann auch in Zukunft nicht gutgehen. Wenn wir zum Beispiel unseren Markt vor der Einfuhr von Gütern aus anderen Ländern schützen, dann wird es nicht lange dauern, und andere Länder werden sich vor unseren Importen schützen. Das gefährdet den Welthandel. Das führt zum Wirtschaftskrieg und im Ergebnis hungern sich alle gegenseitig aus.

Wir haben auch ein starkes Interesse daran, daß der Lebensstandard in den unterentwickelten Regionen Europas - und natürlich auch in den unterentwickelten Ländern der Welt - sich bessert, weil wir nur so mit Gewinn Handel treiben können. Was für uns gilt, gilt natürlich auch für die anderen. Insofern ist Handel

und Weltwirtschaft keine Einbahnstraße. Reale Kaufkraftverluste in solchen Ländern, in die stark exportiert wird, wie zum Beispiel Frankreich und Italien, treffen auch uns. Arbeitslosigkeit woanders erzeugt Arbeitslosigkeit auch bei uns und umgekehrt.

Einwand Nummer fünf gegen Europa: Europa tut nichts gegen die Krise.

Die Europäische Gemeinschaft ist so schwach, daß sie am allerwenigsten gegen die Krise tun kann. Das ist eine durchaus richtige Feststellung. Antikrisenpolitik muß zu Hause anfangen. Was in Bonn nicht erledigt wird, kann natürlich in Brüssel nicht geschafft werden. Aber fest steht auch, daß eine wirksame Antikrisenpolitik nur eine europäische Antikrisenpolitik sein kann. Der enorme Rückstand wichtiger Teile unserer Industrie gegenüber Japan und den Vereinigten Staaten ist ein Beleg dafür, daß die traditionsreichen Industrien in Europa nur über Zusammenarbeit wieder wettbewerbsfähig gemacht werden können. Das ist das eine. Das andere ist: Wir haben in Europa praktisch einen gemeinsamen Wirtschaftsraum. Das bedeutet auch: einen gemeinsamen Arbeitsmarkt. Arbeitszeitverkürzung mit dem Ziel der Umverteilung der Arbeit ist ein unbestritten wichtiges Mittel zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit. Wirklich wirksam bekämpft werden kann auf diesem gemeinsamen Arbeitsmarkt die Arbeitslosigkeit nur dann, wenn möglichst abgestimmt die Arbeit umverteilt wird. Klar ist natürlich, daß, wenn es zu Fortschritten kommen soll, einige Länder - und natürlich einige Gewerkschaften - die Lokomotivfunktion übernehmen müssen.

Die europäische Stahlpolitik ist ein Beispiel dafür, wie es nicht geht. Aber kein Weg führt daran vorbei, daß es keine Gesundung nationaler Stahlindustrie geben kann, wenn kein europäischer Ausgleich gesucht und gefunden wird. Die Wirtschaftsräume und Industriegebiete Europas sind so zusammengewachsen, daß es eine gemeinsame Politik für diese Wirtschaftsräume geben muß.

Einwand Nummer sechs gegen Europa: Europa erstickt an seinen Bürokraten.

Die Bürokratie wirft in jeder modernen Industriegesellschaft Probleme auf. Das gilt nicht nur für Bürokratie im Staat, sondern auch für Bürokratie in Verbänden, ja sogar in Unternehmen. Die EG gibt 4,7 Prozent ihres Haushaltes für Verwaltung aus. Das ist gar nicht so viel. In der Gemeinschaft gibt es 8.000 Beamte und Bedienstete. In der ostwestfälischen Großstadt Bielefeld sind 7.000 Menschen im öffentlichen Dienst beschäftigt. Einschränkung muß noch berücksichtigt werden, daß fast 50 Prozent des EG-Personals auf Übersetzungsdienste geht. Das ist zwar viel, aber wer die kulturell und sprachlich vielfältige Gemeinschaft will, der muß auch das Recht auf die jeweils eigene Sprache respektieren.

Einwand Nummer sieben gegen Europa: Was kann der Wanderzirkus Europaparlament überhaupt machen?

Als das direkt gewählte Parlament seine Arbeit begann, da tagte es an drei Orten: in Brüssel, Luxemburg und Straßburg. Heute sind es nur noch zwei: Brüssel und Straßburg. Das Parlament hat es durchgesetzt, daß die Zahl der Arbeitsorte auf zwei reduziert wurde. Über seinen endgültigen Sitz aber kann es selbst nicht entscheiden. Die Römischen Verträge, die Gründungsverträge der EG, überlassen dies den Regierungen. Und da ist Einstimmigkeit gefordert. Die aber ist vorerst nicht in Sicht, es sei denn, der Forderung des Europäischen Parlaments wird entsprochen und das Mehrheitsprinzip wird eingeführt.

Im Vergleich zu nationalen Parlamenten hat das Europäische Parlament verhältnismäßig wenig Kompetenzen. Vor allem hat es kein Gesetzesinitiativrecht. Es muß über Gesetzesentwürfe beraten, die aus der EG-Kommission kommen und die anschließend vom Ministerrat verabschiedet werden. Aber auch hier kann es Einfluß nehmen. Denn über vielfältige politische Kanäle kann die Kommission in Bewegung gesetzt werden. Diese Möglichkeiten werden dann stärker, wenn das Parlament auf die Unterstützung der Wähler rechnen kann. Und wenn seine Zusammensetzung so ist, daß es politisch sein Wort machen kann, nicht nur in Brüssel und

Straßburg, sondern auch in den Hauptstädten der Mitgliedsländer.

Das Parlament aber hat das Haushaltsrecht. Das ist ein Hebel, den es einige Male benutzt hat. Wenn heute die Regierungen der Europäischen Gemeinschaft - vor allem nach dem Gipfelfiasko von Athen - gezwungen ist zu handeln, dann, weil Zahlungsunfähigkeit bevorsteht. Dafür hat das Parlament gesorgt, das dieses Mittel nutzt, um die Regierungen zu längst fälligen Entscheidungen zu zwingen.

Das alles, liebe Genossinnen und Genossen, sind Beispiele dafür, welche Einwände und Vorbehalte es sind, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen.

Aber wir müssen uns davor hüten, Europa nur gegen ungerechtfertigte Kritik und Vorurteile in Schutz zu nehmen. Wir müssen auch sagen, was wir Sozialdemokraten mit Europa wollen, was wir anders und besser machen wollen. Und da fangen wir am besten gleich bei uns zu Hause an. Denn Europa liegt nicht in Brüssel allein, sondern liegt auch und vor allem in Paris, London, Rom und nicht zuletzt in Bonn.